

Bernhard Ziesch, FUEN Vize-Präsident

## Bericht des Präsidiums zur Delegiertenversammlung 2016

*Es gilt das gesprochene Wort*

### Finanzbericht 2015

Sehr geehrte Delegierte, liebe Gäste!

In meiner Funktion als Vizepräsident habe ich auch die Zuständigkeit für die Haushaltsführung, Berichterstattung und Kontrolle übernommen.

Bereits im vergangenen Jahr konnte ich über einen positiven Jahresabschluss 2014 berichten. Das Ziel der Haushalt-Konsolidierung und der Einwerbung von Drittmitteln für Projekte stand im vergangenen Jahr wiederum an vorderster Stelle.

Nun kann ich erneut berichten, dass dies mit Erfolg gelungen ist. Erneut können wir einen positiven Jahresabschluss vorlegen.

Das Zahlenmaterial, welches Euch vorliegt, belegt dies. Die Auflagen der Fortführungsprognose aus dem Jahre 2013 wurden erfüllt. Das negative Eigenkapital der Vorjahre konnte abgebaut und die Liquidität der FUEN nachgewiesen werden.

Das Brüssel-Projekt, das AGDM-Büro in Berlin sowie die weiteren erfolgreich abgeschlossenen mehrjährigen EU-Projekte sind ein Zeugnis dafür, dass mit überdurchschnittlichen Anstrengungen des Generalsekretariates dieses Ziel erreicht wurde.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle dem Generalsekretariat der FUEN unter Leitung von Frau Susann Schenk sowie dem Land Schleswig-Holstein und der Südbank, die eine solche Konsolidierung des Haushaltes ermöglicht bzw. gesichert haben. Bemerkenswert ist an dieser Stelle die gleichzeitige erfolgreiche Einwerbung von Projektmitteln, wie sie im Zahlenmaterial nachvollziehbar ist.

Die Erhöhung der Projektmittel für das Jahr 2016 ist insbesondere dem Engagement unseres Präsidenten Herrn Hans Heinrich Hansen, der vielseitigen Unterstützung von Herrn Hartmut Koschyk in seiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedler und nationale Minderheiten sowie weiterer Mitglieder des Deutschen Bundestages zu verdanken.

Die FUEN hat sich zu einer anerkannten Interessenvertreterin und Solidargemeinschaft der Minderheiten in Europa auch im Bereich einer soliden Haushaltsführung und des Projekt-managements entwickelt.

Was sind unsere Ziele für die Zukunft?

1. Es gilt die institutionelle Basisausstattung zu stärken und auf die neuen vor uns stehenden Aufgaben auszurichten. Dafür brauchen wir eine neue Verwaltungsstruktur, die auf eine institutionelle Förderung seitens der Bundesregierung zurückgreifen kann.

Die bisherigen öffentlichen Zuschüsse unserer Förderer aber auch die Mitgliedsbeiträge der Mitgliedsorganisationen sind ein solides Fundament, auf welches wir aufbauen können.

2. Für das erhöhte Projektvolumen sind ebenfalls im Projektmanagement tragfähige Strukturen erforderlich, welche neben der fachlich-inhaltlichen Arbeit auch die sachgerechte Verwendung der Projektmittel gewährleisten. Das ist eine Herausforderung, die auch eine vielschichtige Kooperation mit weiteren Projektpartnern einschließt.

3. Wir brauchen für die weitere erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln - auch aus EU-Fördertöpfen - eine Eigenmittelbasis frei verfügbarer Budgets, damit bereits bei der Projekt-Antragstellung eine Gesamtfinanzierung ohne Haushaltsrisiken gewährleistet ist.

Die Beispiele der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine Finanzierung von EU-Projekten ohne ausreichende Eigenmittel mit finanziellen Risiken verbunden ist. Deshalb sollte die Gründung eines „Fonds für europäische Minderheiten“ unser Ziel sein.

Frei verfügbare Mittel akquirieren ist dringender denn je, wenn der Erfolgskurs der FUEN weiter fortgesetzt werden soll, und das wollen wir!

Das FUEN-Präsidium übergibt an das neu zu wählende Präsidium eine finanziell konsolidierte Organisation. Im Namen seiner Mitglieder und des Generalsekretariates danke ich allen Mitgliedsorganisationen, Förderern und Partnern für das Vertrauen und die vielseitige Unterstützung in der laufenden Legislaturperiode.

Auf der Grundlage des Revisionsberichtes 2015 und dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch die BDO-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie nach erfolgter Aussprache zu den Berichten bitte ich die Delegierten das Präsidium zu entlasten.